



Perspektiven für die Land- und Ernährungswirtschaft

Die nachhaltige Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft soll mit der Agrarpolitik nach 2021 weiter gestärkt werden. Ziel ist, die Landwirte bei ihren Anstrengungen für eine noch bessere Marktleistung zu unterstützen, den ökologischen Fussabdruck weiter zu senken und die unternehmerische Verantwortung der Betriebsleitenden mit administrativ einfachen Instrumenten zu stärken. Gleichzeitig ist die exportorientierte Volkswirtschaft ebenso wie unsere Versorgungssicherheit auf offenere Märkte angewiesen.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Besser werden in einem sich verändernden Umfeld

Mit der Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik will der Bundesrat die Stärken der Land- und Ernährungswirtschaft ausbauen. Er will die Landwirte mit administrativ möglichst einfachen und verständlichen agrarpolitischen Instrumenten darin unterstützen, ihre Leistungen im Markt zu steigern, ihre unternehmerische Verantwortung zu stärken und ihre Umweltbelastung weiter zu senken.

In der Gesamtschau schlägt der Bundesrat ein Konzept für das nächste Jahrzehnt vor. Er stösst eine Grundsatzdiskussion über die Weiterentwicklung der Agrarpolitik und über deren Abstimmung mit der Handelspolitik an. Der Bundesrat fordert in einem frühen Stadium zum konstruktiven Dialog über die zukünftige Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft auf. Das Parlament wird auf Basis der Gesamtschau die Folgeschritte hin zur Agrarpolitik nach 2021 mitgestalten. Heute wird die Landwirtschaft für ihre Leistungen zugunsten der Gesellschaft mit rund 3,7 Milliarden Franken unterstützt. Zudem profitiert sie vom Grenzschutz im Umfang von rund 3,5 Milliarden Franken.

Unsere Exportindustrie ist ebenso wie unsere Versorgungssicherheit auf offene Märkte angewiesen. Es ist davon auszugehen, dass der Grenzschutz im Agrarbereich bei zukünftigen Handelsabkommen mehr unter Druck kommt. Der Bericht stellt deshalb auch agrarpolitische Optionen mit deutlich reduziertem Grenzschutz dar. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Jobs in Industrie, Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft zu sichern. Dazu ist auch von der Landwirtschaft der Wille zur Veränderung nötig.



Wo muss die Agrarpolitik die Landwirtschaft besser unterstützen?

Markt

Konsequenterer Ausrichtung auf den Markt

- Qualitätsführerschaft in der ganzen Wertschöpfungskette => höhere Preise durch Mehrwert
- Alleinstellungsmerkmale nutzen => besser positionierte Rohstoffe und Produkte
- Wachstum, Zusammenarbeit, weniger Auflagen im Bereich Beschaffung => tiefere Kosten
- Ausländische Mitbewerber => Produktionsmittel zu wettbewerbsfähigen Preisen
- Digitalisierung nutzen => effizientere Bewirtschaftung, neue Geschäftsmodelle, direkterer Kontakt zu Kunden
- Produkte mit umweltbezogenem Mehrwert (Nachhaltigkeitslabel) => mehr Wertschöpfung

Betrieb

Stärkung der unternehmerischen Eigenverantwortung

- Ziele setzen statt Handlungsanweisungen beim Umweltschutz
- Unternehmertum fördern durch administrative Entlastung und mehr Freiräume im wirtschaftlichen Bereich
- Den Landwirten mehr Verantwortung übertragen durch Reduktion der Regelungsdichte
- Produktivität erhöhen durch verstärkte Zusammenarbeit und effizient eingesetzte Investitionen

Umwelt

Nachhaltigere Produktion

- Ökologischen Fussabdruck senken (Aktionsplan Pflanzenschutzmittel)
- Weiterentwicklung der Produktionssysteme zur Anpassung an den Klimawandel
- Weniger Emissionen, weniger Pflanzenschutzmittel, mehr Kulturlandschutz

Marktzugang: Zusammenspiel von Agrar- und Handelspolitik

Die Schweizer Landwirtschaft ist auf eine prosperierende Volkswirtschaft angewiesen. Zum einen hängt die hohe Zahlungsbereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten für Schweizer Agrarprodukte vom wirtschaftlichen Wohlstand ab. Zum anderen generiert eine gesunde Volkswirtschaft Steuereinnahmen auch zur Finanzierung der landwirtschaftlichen Stützungen (z.B. Direktzahlungen, Milchzulagen und Investitionshilfen). Unsere Volkswirtschaft, die jeden zweiten Franken im Ausland erwirtschaftet, ist aber auf einen guten Zugang zu den ausländischen Märkten angewiesen. Handelsabkommen sichern diesen Zugang. Da bei der Weiterentwicklung von Handelsabkommen der hohe Grenzschutz im Agrarbereich zunehmend in den Fokus rückt, wird auch seitens der Landwirtschaft eine gewisse Flexibilität zugunsten einer volkswirtschaftlich optimalen Lösung nötig sein. Auf diese Flexibilität, die langfristig im Interesse der Landwirtschaft ist, zählt der Bundesrat. Mit der Absicht, eine gesamtheitliche Betrachtung der Auswirkungen auf den Landwirtschaftssektor zu erhalten, hat der Bundesrat in seiner Gesamtschau Szenarien zur Reduktion des Grenzschutzes beschrieben.

Ausgangslage

- Wirtschaft braucht Zugang zu internationalen Märkten
- Gegenforderung zum Abbau des landwirtschaftlichen Grenzschutzes im Rahmen von Handelsabkommen
- Ausmass und Design des heutigen Grenzschutzes sind nicht optimal
- Vom Grenzschutz profitiert in erster Linie nicht die Landwirtschaft, sondern vor- und nachgelagerte Marktteilnehmer
- Grenzschutz ist ineffizient und teuer, führt zu Fehlanreizen und Rentenbildungen
- Grenzschutz verschärft die Problematik der Hochpreisinsel und des Einkaufstourismus
- Grenzschutz trägt zu Rückstand bei Strukturentwicklung bei, was zu Defiziten bei der Produktivität führt

Zum Beispiel EU und Mercosur

Ein Freihandelsabkommen mit Mercosur ist aus zwei Gründen essentiell:

- Präferentieller Zugang zu einem grossen Markt mit hohem Potential und
- Verhinderung von drohenden Diskriminierungen der Schweizer Unternehmen gegenüber EU-Konkurrenten. EU und Mercosur wollen ihre Verhandlungen bis Ende Jahr abschliessen, die hohen Zölle des Mercosur könnten bald wegfallen. Die Schweizer würden danach durchschnittlich 7% und bis zu 35% höhere Zölle bezahlen als die EU-Konkurrenten.

Chancen

- Marktöffnung führt zu neuem Exportpotenzial auch für die Land- und Ernährungswirtschaft
- Einkaufstourismus wird reduziert
- Kostenumfeld sinkt, damit steigt Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft
- Konsumentinnen und Konsumenten profitieren durch mehr Vielfalt und besseres Kosten-/Leistungsverhältnis
- Längerfristig mehr Marktausrichtung, Innovationskraft und Produktivität in der Landwirtschaft

Herausforderungen

- Je nach Umfang der Zollreduktion sind Begleitmassnahmen nötig (Finanzierung)
- Produzentenpreise für undifferenzierte Agrarprodukte (z.B. konventionell produziertes Getreide) können unter Druck kommen
- Bereits heute wenig wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe können verstärkt unter Druck (evtl. Sozialmassnahmen nötig) geraten



Vier falsche Behauptungen

Mit der Gesamtschau missachtet der Bundesrat den Willen des Volkes, das mit Artikel 104a BV eine stärkere Förderung der Inlandproduktion wollte...

Stimmt nicht, richtig ist:

Der neue Verfassungsartikel 104a fordert, dass die Ernährungssicherheit langfristig mit inländischen und mit importierten Lebensmitteln gewährleistet wird. Er verlangt im Gegensatz zur zurückgezogenen Initiative des Bauernverbandes keine Erhöhung der Inlandproduktion, sondern eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion, also eine nachhaltige einheimische Landwirtschaft. Der neue Artikel verlangt auch eine auf die in- und ausländischen Märkte ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Zudem fordert er explizit eine gute Vernetzung der internationalen Handelsbeziehungen unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit. Mit der Gesamtschau setzt der Bundesrat den neuen Verfassungsartikel wortgetreu um und respektiert damit den Volkswillen vollumfänglich.

Der Bundesrat will den Grenzschutz ganz abbauen. Ohne hohen Grenzschutz geht es aber aufgrund der hohen Produktionskosten nicht...

Stimmt nicht, richtig ist:

Der Bundesrat plant weder eine vollständige Marktöffnung, noch eine Zollreduktion im Agrarbereich, die für unsere Landwirtschaft nicht bewältigbar ist. Er strebt einen moderaten Abbau der Agrarzölle an, der volkswirtschaftlich sinnvoll und für die Landwirtschaft sozialverträglich ist. Die Produktionskosten für die Schweizer Landwirtschaft sind aufgrund unserer hohen Wirtschaftskraft zwar generell höher als im Ausland. Dies trifft aber auch auf Wirtschaftssektoren zu, die der ausländischen Konkurrenz direkter ausgesetzt sind als die Landwirtschaft. Trotzdem haben es diese geschafft, sich durch Innovationen, Qualitätsführerschaft und konsequente Kostensenkung im Wettbewerb zu behaupten. Die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel (z.B. Futtermittel) sind nicht zuletzt aufgrund des heutigen Grenzschutzes höher als im Ausland. Eine weitere Marktöffnung würde daher auch zu einer Kostensenkung in der Landwirtschaft beitragen.

Mit der Agrarpolitik gemäss Gesamtschau nimmt der Strukturwandel zu. Damit würden die kleinen Betriebe zur Aufgabe gezwungen...

Stimmt nicht, richtig ist:

Eine moderate Marktöffnung gemäss Gesamtschau führt zu einem Strukturwandel im heutigen Umfang. Strukturwandel bedeutet nicht generell, dass kleine Betriebe zugunsten grösserer verschwinden müssen. Kleine Betriebe mit einer hohen Wertschöpfung können am Markt sehr erfolgreich sein. Die Schweizer Landwirtschaft zeichnet sich aus durch eine Vielfalt an unterschiedlichen Betriebstypen und Geschäftsmodellen. Eine vielfältige Landwirtschaft ist erwünscht, damit diese die von ihr erwarteten Leistungen erbringen kann. Mit Direktzahlungen wird die Vielfalt der Betriebe und Geschäftsmodelle auch bei offeneren Märkten ermöglicht.

Die Schweizer Bevölkerung gibt schon heute nur gut 6 % ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Das beweist, dass die Lebensmittelpreise in der Schweiz tief genug sind...

Stimmt nicht, richtig ist:

Die Lebensmittelpreise sind in der Schweiz 73% über dem EU-Durchschnitt. Die Ausgaben für Lebensmittel sind mit umgerechnet 3'760 US\$ pro Person und Jahr in der Schweiz nach Hongkong weltweit am zweithöchsten (Deutschland: 2'200 US\$, USA 2'390 US\$). Auch der Einkaufstourismus bei Lebensmitteln im Umfang von jährlich rund 3 Mrd. CHF ist eine Folge der hohen Lebensmittelpreise in der Schweiz. Die Lebensmittelausgaben sind im Vergleich zum Einkommen wegen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gering. Gemäss Statistik der UNO geben die Menschen in den USA, in Singapur und in Grossbritannien verhältnismässig weniger für Lebensmittel aus als in der Schweiz. Dicht hinter der Schweiz folgen die Länder Kanada, Irland, Australien und Österreich. Sehr hoch ist der Lebensmittelanteil an den Gesamtausgaben in Ländern wie Nigeria oder Kenia.

